

**Finanzierung über die Beauftragung von
Dienstleistungen für die Probenentnahme zur
Überwachung und Diagnostik von möglichen
COVID-19 Patientinnen und Patienten
Finanzierung über die Beauftragung von weiteren
privaten Laboren für Laborleistungen**

**Dringliche Anordnung des Oberbürgermeisters gemäß Art. 37 Abs. 3 Satz 1 GO und
§ 25 GeschO vom 07.03.2020**

I. Sachverhalt

1. Darstellung der zusätzlich benötigten Mittel

Die Landeshauptstadt München ist bereits mit einer Vielzahl von COVID-19 Infizierten betroffen. Aufgrund von Reisebewegungen muss mit einem weiteren, unter Umständen sprunghaften Anstieg von Erkrankten oder Kontaktpersonen gerechnet werden. Bei milden Verläufen besteht die Möglichkeit einer durch die örtlichen Gesundheitsbehörden angeordneten Heimquarantäne. Die Überwachung dieser Patientinnen und Patienten im Hinblick auf die Gewinnung von Proben zur Analyse und die Abnahme von Proben möglicher Patientinnen und Patienten bindet Ressourcen des öffentlichen Gesundheitssystems. Um einen optimalen Schutz der Münchner Bevölkerung sicherzustellen und eine Ausbreitung des Virus zu verhindern, werden zusätzliche Mittel für externe Beauftragungen gegen die Bekämpfung von COVID-19 benötigt.

Es wurde eine Firma für die Probeentnahmen zur Überwachung und Diagnostik von möglichen COVID-19 Patientinnen und Patienten in Heimquarantäne oder in sonstigen Verdachtsfällen beauftragt. Hier liegt eine Ausnahme vom Vergaberecht gemäß § 107 Abs. 1 Nr. 4 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vor, wonach Dienstleistungen der Gefahrenabwehr an gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen nicht öffentlich ausgeschrieben werden müssen. Nach momentanem Kenntnisstand werden hier ca. 2 Mio. € zusätzliche Mittel benötigt.

Die labortechnischen Untersuchungen der Probeentnahmen werden im Rahmen der Kapazitäten vom Bayerischen Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) durchgeführt. Wenn hier keine Kapazitäten mehr vorhanden sind, müssen diverse private Labore beauftragt werden. Die Kosten werden auf ca. 100 € pro Abstrich geschätzt, bei ca. 200 Abstrichen pro Tag. Hier könnten bis zum Jahresende ca. 4 Mio. € zusätzliche Mittel benötigt werden.

Die zusätzlich benötigten Mittel werden im Rahmen der Nachtragsplanung 2020 vom Referat für Gesundheit und Umwelt bei der Stadtkämmerei beim Produkt 33414100 Gesundheitsschutz angemeldet.

Eine Refinanzierung durch den Freistaat Bayern wird angestrebt. Damit ist von der Landeshauptstadt München voraussichtlich lediglich eine Zwischenfinanzierung nötig.

2. Begründung der Dringlichkeit

Die Beauftragung musste umgehend erfolgen, damit die externe Firma schnellst möglich den Dienstbetrieb aufnehmen kann. Dafür musste die Finanzierung gesichert sein. Eine Befassung der Vollversammlung am 19.02.2020 war nicht möglich, da die Notwendigkeit zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt war.

II. Behandlungsvorschlag

1. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, die benötigten zusätzlichen Mittel in Höhe von bis zu 6 Mio. € im Rahmen des Nachtrags 2020 entsprechend der tatsächlichen Höhe bei der Stadtkämmerei anzumelden.
2. Das Referat für Gesundheit und Umwelt wird beauftragt, mit dem Freistaat Bayern wegen der Refinanzierung in Verhandlungen zu treten.
3. Das Produktkostenbudget erhöht sich um den entsprechenden Betrag, dieser ist zu 100 % zahlungswirksam (Produktauszahlungsbudget).

III. Anordnung

nach Behandlungsvorschlag

Diese dringliche Anordnung wird in der nächsten Sitzung der Vollversammlung am 18.03.2020 bekannt gegeben.

Der Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

gez.

Dieter Reiter

Die Referentin

gez.

Stephanie Jacobs
Berufsmäßige Stadträtin